

30 Initiativen haben mit der „aktion21“ nun eine gemeinsame Plattform

Wiens Bürger verlangen von Politik mehr Einfluss bei großen Projekten

Wiens Bürgerinitiativen haben der Stadtpolitik den Kampf angesagt: Sie sehen derzeit nämlich keine Möglichkeit, an der Entwicklung der Donaumetropole mitzuwirken und bei Projekten, die das Leben vieler Menschen auf Jahrzehnte hinaus beeinträchtigen, Einfluss zu nehmen. Deshalb wurde die „aktion21 – pro Bürgerbeteiligung“ ins Leben gerufen.

Donnerstag, 21. Februar 2008 / Nr.17.171



Das war vor einem Jahr, mittlerweile haben sich bereits mehr als 30 Bürgerinitiativen angeschlossen. Es geht diesen vielen tausend Wienern, die dahinter stehen, um eine echte Beteiligung an der

VON ERICH VORRATH

Stadtentwicklung, die ihrer Meinung nach derzeit nicht möglich ist. Obwohl sich die Politiker rühmen, wie viel Partizipation es gebe. So sei die Stellungnahme zu Entwürfen für Flächen- und Bebauungspläne gesetzlich verankert. Die „aktion21“ sieht das in der Praxis nur als „unnötigen Papierverkehr“.

Steine des Anstoßes sind für die Initiativen auch Einrichtungen wie Grätzelmanagement, Gebietsbetreuung oder die Agenda 21: „Die haben in Fragen der Anbringung von Blumentrögen oder

der Ausgestaltung einzelner öffentlicher Wege und Plätze sicher ihre Daseinsberechtigung, für Vorhaben größerer Bedeutung, die das Leben der Menschen gravierend verändern können, sind sie aber nicht geeignet.“

Zahlreiche Bürgerinitiativen haben deshalb Stadtrat Rudolf Schicker die gemeinsame Reform der Lokalen Agenda 21 angeboten – sich jedoch eine Abfuhr geholt: Hiefür bestehe kein Bedarf. Worauf die „aktion21“ entstand. Die Mitglieder klagen darüber, dass sie Homepages, ohne die es heute nicht mehr gehe, und alles andere wie Sachverständigengutachten oder Flugblätter aus eigener Tasche zahlen müssten. Ein Ansuchen an Stadtrat Schicker um Unterstützung für diese erwünschte Form der Mitsprache wurde abgelehnt.

Infos: www.aktion21.at